

Pankow bleibt im Handels-Rückstand

Das Regime spricht von „Behinderung des Interzonenhandels“

Zusammen mit den zweckbetonten Erklärungen zur Genfer Konferenz hat in der Zone eine organisierte Kampagne eingesetzt, die sich mit einer angeblichen Behinderung des Interzonenhandels durch die Bundesregierung befaßt. Höhere Funktionäre stellen bei ihren Propagandareisen durch die „DDR“ die Behauptung auf, viele der jetzt auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien auf eine westdeutsche „Vertragsbrüchigkeit“ im Interzonenhandel zurückzuführen. Dasselbe liest man in der Ostpresse. So behauptet die „National-Zeitung“, in der Bundesrepublik sei der Lizenzzwang verschärft worden und die Kontingentierung der einzelnen Planpositionen hätte einen großen Umfang angenommen. „Die Erfüllung der Milliarden-Vereinbarung für 1955 wurde also von Bonn planmäßig sabotiert.“

Seit zwei Jahren bemühen sich die SED-Behörden um eine großzügige Erweiterung des Interzonenhandels. Für Gegenlieferung und Bezahlung haben sie ausführliche Warenlisten aufgestellt, die, wie sich immer wieder gezeigt hat, weit über ihr Liefervermögen hinausgehen. Seit dem gleichen Zeitraum nimmt das Regime alles gern entgegen, was vom Westen kommt. Der Westen jedoch erhält statt der erwarteten Gegenlieferung immer häufiger die Antwort: „Morgen wird bezahlt.“

Das Bundeswirtschaftsministerium hat dazu Zahlen bekanntgegeben, die eindeutig sind. So hat die SED beispielsweise für 5 Millionen Verrechnungseinheiten (VE) weniger Treibstoff geliefert, als vertraglich zugesichert. Gleichzeitig blüht der von der SED gelenkte Schwarzhandel mit Benzin. Das zugesagte Grubenholz wurde überhaupt nicht geliefert. Nachträglich wird bekannt, daß es hintenherum Jugoslawien angeboten worden ist. Die Zuckerverlieferungen sind um 14 Millionen VE zurückgegangen, weil die SED nicht liefern kann und deshalb weit überteuerten Brasil-Zucker zu verkaufen suchte, den sie selbst billiger in London kaufte.

Die SED ist selbst mit den Strumpf- und Teppichlieferungen mehr als Dreiviertel in Verzug geraten. Und jedermann weiß, daß eine getarnte Handelszentrale in der Ostberliner Friedrichstraße für Millionen D-Mark Strümpfe und Teppiche auf illegalen Kanälen im Westen abzusetzen sucht. Nur, um von dem Umtauschkurs zu profitieren.

Auch Ausland wartet

Wie aber steht es mit dem übrigen Außenhandel? Hier ist die SED fast noch ärger in Druck gekommen. Sie ist in den Jahren 1953—1955 so viele Lieferverpflichtungen eingegangen, daß sie selbst bei ehrlichem Wollen nicht mehr wüßte, über welche Blößen sie die viel zu geringe Export-Decke ziehen soll...

Ein Beispiel: Die Sowjetzone vermag tausend Einheiten einer bestimmten technischen Ware zu produzieren. Achthundert davon sind für den Export, zweihundert für die Neuausrüstung der „volkseigenen Industrie“ bestimmt. Erster Anwärter ist in allen Fällen die Sowjetunion. Sie verlangt 400. Bekommt sie diese 400 auch nur mit einem Tag Verzug, hagelt es Konventionstrafen. An zweiter Stelle rangieren die militärischen Lie-

feranten Polen und die Tschechoslowakei. Dann kommt China und an vierter Stelle die restlichen Volksdemokratien. Von den 800 zum Export bestimmten Einheiten sind jetzt aber bereits 750 verkauft.

Auf der vorangegangenen Leipziger Messe hat die SED jedoch den gleichen Artikel auch Ägypten, Belgien, Griechenland, Argentinien, Schweden und westdeutschen Firmen offeriert. Auf Wunsch der SED wurde er sogar in die Warenaustauschliste des Interzonenhandelsabkommens aufgenommen.

SED hat das Maß verloren

Mindestens die Hälfte aller SED-Lieferversprechungen hätten nicht gemacht werden dürfen. Beim vorstehenden Beispiel gehen jetzt natürlich auch die für die Inlandsinvestition vorgesehenen 200 Einheiten jenes technischen Produkts in den Export. Die Folge: Dringend benötigte Waren fehlen dem Inlandsbedarf. Die Industrie kann nicht modernisiert werden, der zu höheren Normen angetriebene Arbeiter dreht auf einer klapprigen Bank, während die Neuproduktion nach Polen oder Ägypten abgegeben werden muß.

Unter diesen Zeichen beginnt der neue Fünfjahrplan, dessen Schlüsselzahlen nicht bekanntgegeben werden dürfen. Fundierte Berichte beweisen, daß bereits in diesem Jahr ein Großteil der „Massenbedarfsproduktion“ im Ausland verkauft werden muß. Wie soll die Bevölkerung bei dieser Sachlage 1956 befriedigt werden? Die SED aber fordert großschönzig eine „Ausweitung des Interzonenhandels“, obwohl sie nicht weiß, wie sie ihm gerecht werden soll.

J. B. Gradl:

Gebraucht wird echter Friede

Noch immer ist die Diskussion über das Ergebnis der Genfer Konferenz voll im Gange. Allein was sich in der Woche nach der Konferenz abgespielt oder angekündigt hat, genügt schon, um der politischen Deutung alle Möglichkeiten zu öffnen. Es ist ein Labyrinth von Geschehnissen, Gedanken und Stimmungen, in dem sich Politiker und Publizisten zurechtfinden sollen.

Man muß den Sowjets zustehen, daß sie mit großem Geschick ihr wirklichen Absichten in der deutschen Frage zu vernebeln verstanden haben. Noch einige Zeit vor der Genfer Konferenz sah es so aus, als ob sie eine einfache Linie gewählt hätten: Herauslösung Deutschlands aus der NATO und dafür Freigabe der Sowjetzone zur Wiedervereinigung durch freie Wahlen. In Genf und noch kräftiger in Ostberlin haben die Sowjets ihre Deutschlandpolitik neu gezeichnet: Auflösung der NATO sei unrealistisch, Sicherheitssystem vordringlich, aber auf der Basis zweier Deutschlands, keine einfache Zusammenfügung von Bundesrepublik und Sowjetzone, kein Verzicht auf die gesellschaftlichen Errungenschaften in der Sowjetzone.

Grundsätzlich oder taktisch

Vorausgesetzt, daß die frühere sowjetische Sprache ernst gemeint war — drückt dann die jetzige Sprache eine grundsätzliche oder nur eine taktische Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik aus? Diese Frage ist ungeheuer wichtig, aber einstweilen nicht eindeutig zu beantworten.

Sollten die Sowjets ihre Deutschlandpolitik geändert haben, dann könnte das eigentlich nur folgendes bedeuten: Die Sowjets fühlen sich seit der Genfer Konferenz so überzeugt von dem absoluten westlichen Friedenswillen, den sie bisher offenbar bezweifelt haben, daß sie einen Rückzug aus Mitteldeutschland nicht mehr für nötig halten, um das gewünschte Sicherheitssystem vor dem sowjetischen Westraum zu erhalten. Sie glauben vielleicht, bei

genügender Zähigkeit die Westmächte um des lieben Friedens willen zu dem Sicherheitssystem auf der Basis zweier deutscher Teilstaaten zu bekommen.

Wenn das die jetzige sowjetische Haltung sein sollte, dann wäre sie ein sicher unbeabsichtigtes, aber gefährliches Ergebnis der westlichen Politik auf der Genfer Konferenz. Die freimütige Offenheit, mit der der amerikanische Präsident den Willen zum Frieden mehrfach auf der Genfer Konferenz kundgetan hat, und die gleichklingenden Stimmen westlicher Politiker und Zeitungen berühren menschlich ungemein sympathisch. Aber ob der Anfang der Ost-West-Begegnung mit solchem Maße überwältigender Versöhnungsbereitschaft auch politisch die richtige Taktik war, das ist nicht sicher und muß sich erst erweisen. Erreicht worden ist dadurch eine Entspannung, aber bisher nur eine Entspannung in der Stimmung, nicht in den Realitäten. Die verhärtete Sprache Bulganins schon in der Schlußstunde der Konferenz und dann das Auftreten in Ostberlin legen die Befürchtung nahe, daß die sowjetische Führung die Haltung des Westens, insbesondere des ersten Mannes der westlichen Vormacht, eben in dem Sinne auslegt, daß die „Atempause“ ohne reale Konzessionen gewonnen werden kann, vielleicht schon gewonnen ist.

Das wäre in einem doppelten Sinne verhängnisvoll. Einmal weil es darauf schließen ließe, daß die Sowjets in die angestrebte Periode gesicherten Friedens mit einem inneren Vorbehalt gehen. Wer einen so unnatürlichen deutschen Teilstaat in Mitteleuropa festhalten will, wie es ein abgespaltenes Mitteldeutschland unter sowjetisch-kommunistischer Zwangsherrschaft ist, der hat offenbar die Absicht, das Gebilde für spätere Gelegenheiten als Plattform zu benutzen, Gerade das aber — und damit wird das andere Verhängnis berührt — ist die latente, aber auch ewig drohende Gefahr, daß nämlich eine Entspannung, die die beiden Deutschland beläßt, eine Täuschung ist, nichts weiter als die oberflächliche Verhüllung eines latenten Explosionsherdes.

So kann man nur wünschen, daß den sowjetischen Führern

die so freigebig zum Ausdruck gebrachte Friedenssehnsucht der westlichen Staatsmänner gut bekommt, in ihrem und in unserem Interesse. Was Europa braucht, ist echter Friede, kein Friedensschleier, der — wie zum Beispiel nach der Münchener Konferenz von 1933 — sehr schnell zerrissen wurde.

Zunächst aber wollen wir hoffen, daß das zu schwarz gesehen ist und daß die neue russische Schwenkung in der deutschen Frage nicht grundsätzlicher, sondern taktischer Natur ist.

Liest man das Kommuniqué sorgfältig, das nach dem Abschluß des sowjetischen Besuchs in Ostberlin herausgegeben worden war, dann findet man neben dem Wunsch nach Berücksichtigung der „verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungen“ der DDR und der Bundesrepublik auch Formulierungen, die auf sowjetische Elastizität schließen lassen. Wenn es zum Beispiel „für zulässig gehalten wird, daß die deutsche Frage zu einem Hindernis dafür wird, die Aufgabe der Gewährleistung der europäischen Sicherheit zu lösen“, dann kann das übereinstimmend mit den Pankower Wünschen heißen, daß zunächst nur ein Sicherheitssystem auf der Basis der Teilung in Frage kommt. Es läßt aber zugleich die entgegengesetzte Haltung zu, nämlich in der Frage der Wiedervereinigung nachzugeben, um die Aufgabe der Sicherheit zu lösen. Und wenn Christow in Ostberlin am 26. Juli gesagt hat, „das beste wäre, wenn die Deutschen selbst die deutsche Frage lösen würden“, dann kann darin auch ein nicht ganz unverständlicher Wunsch der Sowjets liegen, vor der unsympathischen Aufgabe möglichst bewahrt zu bleiben, selber bei der Liquidierung des Systems der Pankower Genossen allzusehr mitwirken zu müssen.

Deutsche Mithilfe

Gegen solche Überlegungen wiederum kann eingewandt werden, sie seien zu optimistisch. Es ist in diesen Wochen zwischen den Konferenzen nur einmal so, daß man herumtasten muß. Noch liegt kein Grund zu deutscher Verzweiflung vor. Allerdings auch kein Grund, aus (Fortsetzung S. 3, Sp. 1 unten)

Reformierten - Kongreß in Detmold

Detmold (AP). Der 6. Reformierte Weltkongreß, an dem rund 200 Pastoren und Laien aus 16 Ländern aller Erdteile teilnehmen, wurde in Detmold eröffnet. Damit findet eine derartige Tagung zum erstenmal in Deutschland statt. Der Kongreß, der bis zum 7. August dauert und von Pastor Wilhelm Langenohl (Rheydt) geleitet wird, steht unter dem Generalthema „Der Umbruch des Weltbildes“.

Karfreitag abgeschafft

Berlin (epd). In den vorübergehend polnisch verwalteten Gebieten Schlesiens ist auf staatliche Anweisung eine Anzahl kirchlicher Feiertage abgeschafft worden. Neben allen zweiten Feiertagen der großen kirchlichen Feste entfallen in Zukunft auch der Karfreitag und der Himmelfahrtstag als gesetzliche Feiertage.

Steigender Bedarf an Arbeitskräften

Ermutigender Bericht der Bundesanstalt in Nürnberg

Nürnberg (DPA). Über eine erneute Zunahme des Kräftebedarfs in der Bundesrepublik berichtet die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg.

Danach wurden am 30. Juni 227 460 offene Stellen — 135 576 für Männer und 87 884 für Frauen — festgestellt. Im Juni erhöhte sich die Zahl der offe-

(Fortsetzung von Seite 2)

dem Geschehen in und nach Genf Erfolge abzulesen. Wir Deutsche werden sehr aufmerksam sein müssen.

Man wird sich auf die bessere Einsicht der westlichen Staatsmänner verlassen dürfen. Daneben jedoch ist sehr verstärkte deutsche Aktivität und auch Elastizität notwendig. Wie gut wäre es, wenn wenigstens für die entscheidenden nächsten Monate eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition herbeigeführt würde! Es geht jetzt wirklich nicht mehr um Rechthaberei über die vergangene Politik, sondern darum, ob ein künftiger deutscher Weg gefunden werden kann.

Thema Nummer 1 in Moskau

Die Wiedervereinigung — Brentano zur Adenauer-Reise

Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung hat in einer Entschließung den Westmächten für ihre konsequente Haltung in Genf gedankt und zugleich „mit schmerzlichem Bedauern“ festgestellt, daß die Kluft zwischen West und Ost in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands noch „außerordentlich weit“ sei. Außenminister Dr. von Brentano erklärte vor der Presse, bei dem Besuch Adenauers in Moskau werde die Wiedervereinigung Deutschlands das Thema Nummer 1 sein. Die Bundesregierung werde mit den Westmächten über die Vorbereitung der Moskareise beraten. Sie glaube, daß Adenauers Besuch in Moskau zu einer Verringerung der Kluft in der Frage der Wiedervereinigung führen könne.

Die Verbindung zwischen der deutschen Frage und dem Problem eines Sicherheitssystems, die in Genf festgestellt wurde, sei nach Ansicht der Bundesregierung unauflöslich.

Brentano bezeichnete die Haltung der Bundesregierung nach der Genfer Konferenz als „maßvollen Optimismus“. Sie halte es für ausgeschlossen, daß es jetzt noch zu einem Sicherheitssystem auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands kommen könne. Zwar betrachte sie die

Wiedervereinigung nicht als Vorbedingung für ein solches Sicherheitssystem, aber sie sei sicher, daß das Sicherheitssystem jetzt auch nicht mehr zur Vorbedingung für die Wiedervereinigung gemacht werden könne. Brentano erklärte, der Wert der Genfer Konferenz liege für die Bundesregierung darin, daß die westliche Welt dort eine völlige Übereinstimmung in bezug auf die Wiedervereinigung gezeigt und konkrete Vorschläge zu dieser Frage gemacht habe.

Negativ sei zu bewerten, daß Bulganin erklärt habe, man müsse von der Realität ausgehen, daß nach dem Kriege zwei Deutschland mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systemen entstanden seien. Zur Reise Adenauers nach Moskau meinte Brentano ferner, ihre Modalitäten würden, wie bekannt, in Verhandlungen zwischen den Pariser Botschaften beider Regierungen festgelegt werden. Es gebe deutscherseits für die Moskauer Gespräche keine Vorbedingungen.

Auf die Frage, ob es ganz sicher sei, daß Adenauer die Reise unternehmen werde, erwiderte der Minister: „Wir warten noch auf die sowjetrussische Antwort auf unsere Note.“ Auf jeden Fall werde Adenauer nicht fahren, um mit den Vertretern der Sowjetregierung nur einen tour d'horizon zu veranstalten.

Ansturm auf Interzonenzüge

Hof (AP). Der Hofer Hauptbahnhof erlebte am letzten Wochenende einen Ansturm von Interzonenreisenden, wie er selten beobachtet wurde. Dem planmäßigen Zug München—Leipzig mußten in Hof zusätzlich vier D-Zug-Wagen angehängt werden, um den 2500

Reisenden wenigstens einigermaßen Platz zu bieten.

Mit über 200prozentiger Belegung lief der Zug mit Verspätung in Richtung Zonengrenze aus. Auch der Gegenzug aus der Zone brachte über 2000 Reisende nach Westdeutschland.

Deutsche Einheit liegt in der Luft

In europäischem Sicherheitssystem — Dulles vor der Presse

Washington (AP/DPA). Die Wiedervereinigung Deutschlands liege in der Luft, sagte Außenminister Dulles in seiner ersten Pressekonferenz in Washington. Er sei überzeugt, daß die Wiedervereinigung innerhalb eines europäischen Sicherheitssystems schließlich erreicht werde.

Der Außenminister warnte aber davor, eine schnelle und leichte Lösung der Deutschlandfrage zu erwarten. Immerhin werde die Wiedervereinigung nach der Genfer Konferenz leichter erreicht werden können.

Dulles meinte, ein sowjetischer Einwand gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands könnte sein, daß Deutschland nicht den UN angehöre und dadurch praktisch nicht an die Nichtangriffs-Vereinbarung in der UN-Charta gebunden sein würde. Diese Schwierigkeit könne dadurch umgangen werden, daß man durch Übereinkommen Deutschlands Truppen auf einem vereinbarten Stand halte oder Inspektionen einführe.

In einem Rückblick auf die Genfer Konferenz hob Dulles folgende Ergebnisse hervor:

1. Die Westmächte haben den Sowjets klargemacht, daß ein geteiltes Deutschland eine ständige Gefahrenquelle für die Sicherheit Europas ist.

2. Die Beziehungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion sind etwas besser geworden. Jetzt können auf diploma-

tischen Wege Verhandlungen beginnen, ohne daß man mit einem plötzlichen Kriegsausbruch rechnen muß.

3. Es besteht die Hoffnung, daß die Sowjetunion gegen die

umstürzlerische Tätigkeit des Weltkommunismus etwas tut.

Vorher hatte Präsident Eisenhower in einer Rundfunk- und Fernsehansprache die amerikanische Bevölkerung zu Geduld, Mut und Toleranz aufgefordert, damit der in Genf begonnene Weg erfolgreich fortgesetzt werden könne. Die Konferenz der Außenminister im Oktober werde ein Prüfstein für die Bemühungen sein, einen dauerhaften Frieden zu erreichen.

58 Tote durch rote Flak

Israelische Verkehrsmaschine über Bulgarien abgeschossen

Tel Aviv (AP/DPA). Nach vielstündigem Schweigen hat die bulgarische Regierung zugegeben, daß bulgarische Flak ein viermotoriges israelisches Verkehrsflugzeug abgeschossen hat. 58 Personen sind dabei ums Leben gekommen. In der gesamten westlichen Welt hat der Abschluß größte Empörung ausgelöst. Israel hat in Sofia schärf protestiert.

Kurz vor dem Absturz meldete das Flugzeug in einem SOS-Funkspruch, daß die Maschine beschossen worden sei, Feuer gefangen habe und an Höhe verliere. Gleich darauf riß die Funkverbindung ab. Die Maschine war in London gestartet, hatte in Wien eine Zwischenlandung gemacht und war auf dem Wege nach Tel Aviv. Nach Mitteilung der Gesellschaft waren in Wien drei Deutsche zu-

gestiegen, und zwar ein Herr Schweigenhaft mit Sohn und Tochter. An Bord befanden sich ferner fünf Inhaber sowjetischer Pässe sowie Amerikaner, Schweden, Österreicher, Engländer, Südamerikaner und Israelis.

Die kommunistische Regierung Bulgariens hat sich in einer Note an Israel bereit erklärt, teilweise für den Schaden aufzukommen. Die bulgarische Regierung will aber nach genauer Feststellung der materiellen Schadenshöhe nur „den ihr zukommenden Teil“ übernehmen.

„Brutales Geschäft“

„In Genf taten Sowjetführer alles, um die übrige Welt von ihrem Wunsch nach Freundschaft zu überzeugen ... Aus diesem Flugzeug-Zwischenfall wird die öffentliche Meinung des Westens die notwendigen Schlüsse ziehen“, schreibt die „New York Times“. Und die „New Harald Tribune“ erklärt: „Der Westen kann Mord in der Luft nicht länger verzeihen, selbst wenn er von kommunistischen Krokodilstränen begleitet ist.“ Im britischen Unterhaus bezeichnete der ehemalige Außenminister Morrison den Abschluß als ein „brutales Geschäft“. Es müsse verhindert werden, daß Zivilflugzeuge einfach abgeschossen werden, nur weil sie aus Versehen vom Kurs abkommen.

Abschied mit Radetzky-Marsch

Osterreich ist frei

Wien (AP/DPA). Österreich ist seit Mittwoch wieder ein freier, souveräner Staat. Der österreichische Rundfunk teilte in einer Sondermeldung mit, daß die letzte Ratifikationsurkunde in Moskau hinterlegt wurde und der Staatsvertrag damit in Kraft getreten ist. Innerhalb von 90 Tagen — also bis zum 25. Oktober — muß jetzt der letzte Besatzungssoldat Österreich verlassen haben.

Der Jubel der Österreicher über ihre wiedergewonnene Selbständigkeit konzentrierte sich vor allem auf die letzte Sitzung des Alliierten Rates in Wien. Zehntausende von Menschen umstanden den Sitz der Kommission, als die Hohen

Kommissare vor ihrem Dienstgebäude eintrafen.

Als die Trikolore als erste der alliierten Flaggen unter den Klängen der Marseillaise eingeholt wurde, brachen die Wiener in lauten Beifall aus. Der Applaus steigerte sich noch, als die sowjetische Flagge und dann das Sternenbanner niedergingen. Als letzte Besatzungsmacht holte Großbritannien den Union Jack vom Dach des Alliierten Rates ein.

Nach dieser Feierlichkeit wurden die Truppen beim Abzug noch einmal begeistert und erleichtert beklatscht. Besonders um gute Public Relations bemüht zeigten sich die Amerikaner: Sie intonierten den Radetzky-Marsch.

2,9 Mill. US-Soldaten

Washington (DPA). 1 370 000 ausgebildete amerikanische Soldaten sind, wie das USA-Verteidigungsministerium bekanntgab, in 50 Stützpunkten außerhalb der USA stationiert. In den USA selbst stehen 1 602 000 Soldaten bereit.

Amerika baut den ersten Erdtrabanten

Vorstoß in den Weltraum — Eisenhower verkündet Sensation

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat den Bau der ersten künstlichen Erdtrabanten genehmigt. Die amerikanischen Wissenschaftler hoffen, das erste dieser Objekte 1957 in den Weltraum senden zu können. Diese sensationelle Mitteilung machte der Pressesekretär Präsident Eisenhowers auf einer überfüllten Pressekonferenz, zu der das Weiße Haus besonders eingeladen hatte. Mit der Entsendung der kleinen Trabanten in den Raum wird der erste Schritt zur Schaffung größerer Erdsatelliten getan, die als Ausgangspunkt für die Fahrt zum Mond angesehen werden.

Der Trabant wird unbemannt und nur wenig größer als ein Fußball sein. Die Pläne gehen darauf hinaus, daß einer oder mehrere Trabanten die Erde im Abstand von etwa 300 bis 500 Kilometer mit einer Geschwindigkeit von fast 29 000 Kilometer umkreisen. Nach den wissenschaftlichen Berechnungen werden die Trabanten Tage oder Wochen im Raum kreisen, dann niederstürzen und sich in der Atmosphäre zerreiben.

Die Entsendung der Trabanten wird rein wissenschaftlichen Zwecken dienen. Es handelt sich um den Beitrag der USA zum internationalen geophysikalischen Jahr, das von Mitte 1957 bis Ende 1958 rund 40 Nationen, darunter auch die Sowjetunion, zu einer weltweiten Forschungsarbeit vereint. Alle diese Nationen werden an den Vorarbeiten für die Konstruktion des Erdtrabanten mitwirken. Die mit seiner Hilfe gewonnenen Beobachtungen werden allen Wissenschaftlern der Welt, auch den sowjetischen, zugänglich sein.

Radiosignale aus dem All

Als die fünf Wissenschaftler, die den Hauptanteil an der Entwicklung des Trabantplanes haben, werden genannt: Dr. Detlev Bronk, Präsident der amerikanischen Akademie der Wissenschaften, Dr. Alan Waterman, Direktor der Wissenschaftlichen Nationalstiftung, Dr. Joseph Kaplan, Vorsitzender des amerikanischen Komitees für das geophysikalische Jahr, der Engländer Dr. Sydney Chapman und der Belgier Dr. Marcel Nicolet. Die deutschen Raketenfachleute Dr. Wernher von Braun und Hermann Oberth

wurden vorher zu Rate gezogen.

Der amerikanische Physiker Singer teilte weitere Einzelheiten mit. Da der Erdtrabant nach Erreichung seiner Bahn die Erde mit ungeheurer Geschwindigkeit in anderthalb Stunden umkreist, ist es mit großen Schwierigkeiten verknüpft, die von den mitgeführten Beobachtungsinstrumenten gesammelten Daten zur Erde zu melden. Nach dem Vorschlag Singers sollen Flugzeuge in den Polarregionen patrouillieren und Radiosignale aussenden, sobald der Trabant vorüberkommt. Diese Radiosignale sollen einen kleinen Sender im Trabant in Betrieb setzen, der unter Verwendung eines Tonbandes die von den Beobachtungsinstrumenten gesammelten Daten zur Erde schickt.

Langfristige

Wettervorhersage

Die Verwendungsmöglichkeiten des Erdtrabanten sind sehr vielfältig. Singer schlägt vor, beispielsweise von dem Trabant das von der Erde reflektierte Licht messen zu lassen, um Aufschluß über die Wolkenbedeckung der Erde zu erhalten, was die langfristige Wettervorhersage erleichtern würde. Der Erdtrabant könnte weiter eine „Rauchfahne“ von leuchtendem Natrium hinterlassen, die — von der Erde aus beobachtet — einen Einblick in die Strömungen der äußeren Atmosphäre ermöglichen würde. Auch für die Atomforschung verspricht man sich neue Erkenntnisse.

Ein juristisches Problem bildet die Frage, ob die amerikanische Regierung von den Regierungen aller Länder, die der Trabant

überfliegt, Genehmigungen hierzu einholen muß.

Die Trabanten, die in der bisherigen Gebrauchssprache meist als „künstliche Monde“ bezeichnet wurden, werden nach der Bekanntgabe des Weißen Hauses etwas größer sein als ein Fußball und etwa 50 Kilogramm wiegen. Über das Material, aus dem sie hergestellt werden sollen, wurde noch nichts gesagt. Man nannte aber die veranschlagten Kosten der ersten Experimente: 10 Millionen Dollar.

Bemannte Stationen

Mit Hilfe von sogenannten Dreistufenraketen sollen die Trabanten in den Raum befördert werden. Dabei wird man auf die Forschungsergebnisse zurückgreifen, die während des Krieges zur Entwicklung der deutschen V 2 führten. Die erste dieser Raketen soll bis zu einer Höhe von etwa 200 Kilometer vorstoßen. Dann wird automatisch die zweite Rakete ausgelöst, die den Trabant etwa 300 Kilometer in den Raum trägt. Dort wird dann der Trabant — die dritte Stufe der Rakete — seine Reise durch den Raum antreten.

In wissenschaftlichen Kreisen wird der Bau der künstlichen Erdtrabanten bereits jetzt als erster Schritt in den Weltraum betrachtet. Als zweiten Schritt rechnet man mit dem Bau von bemannten Weltraumstationen, die dann als Plattform für den Abschluß von Weltraumraketen dienen könnten. Allerdings gibt man sich in Fachkreisen keinen Illusionen über die zu erwartenden Schwierigkeiten hin. Als in absehbarer Zeit erreichbar gilt nach wie vor nur der Mond.

Vorerst wären auch ausgedehnte Studien über die Wirkung des Weltraumes auf den menschlichen Organismus erforderlich. Genaue Berechnungen haben ergeben, daß zur Herstellung eines für die Weltraumfahrt benötigten künstlichen Erdtrabanten von 50 mal 60 Meter Fläche und von vier Zentimeter Dicke rund 2000 Aufstiege einer mehrstufigen Riesenrakete notwendig wären.

Stalin oder Karabiner 98k?

Versager im „Parteilehrjahr“ — Pieck „säumiger Schüler“

Zur eigenen Überraschung sieht sich die SED zu Beginn des neuen Parteilehrjahres vor die Alternative gestellt, ihre Genossen entweder infanteristisch oder ideologisch zu schulen. Bei der Ressortteilung innerhalb des Zentralkomitees haben die Verantwortlichen total vergessen, daß im gleichen Zeitraum die vollmilitärische Ausbildung der Parteimitglieder anlaufen wird.

Erstes Ergebnis: Durchschnittlich 40 Prozent Anmeldungen zum Parteilehrjahr. 10 Prozent der Mitglieder scheiden aus „Karteileichen“ aus, 50 Prozent erklären: „Eins können wir nur: Entweder im GST-Zirkel oder innerhalb der Betriebskampfgruppe militärische Ausbildung nehmen oder die Geschichte der KPdSU samt Stalins verschiedenen Lebensläufen pauken! Aber beides ist nicht drin...“

In Ostberlin hat die SED-Bezirksleitung daraufhin erklärt: „Ideologische Schulung ist vorrangig.“ Prompt erfolgten überall Abmeldungen bei den Zirkeln für Waffenkunde und Geländedienst. Letzten Endes sitzen selbst die wackersten SED-Genossen im Winter lieber im geheizten Lektorats-Raum als in einem Königs- Wusterhausener Schützenloch.

Was nun?

Beides auf einen Nenner zu bringen, ist bei der Vielfalt kommunistischen Schulungs- und Versammlungswesens nicht gut möglich. Und eine Entscheidung,

was für einen künftigen Weltrevolutionär nun wichtiger ist: Stalin oder der Karabiner 98 k, wagt vorerst niemand zu fällen. Bis zum 1. August sollten die Anmeldungen für das neue Lehrjahr in den Parteisekretariaten sein. Was nun?

Einen Nebenspaß gab es, als das Kollegium der Partei-Abenduniversität Ende Juli eine interne Liste allen säumigen Studenten aufzustellen begann: An erster Stelle steht dort „Staatspräsident“ Wilhelm Pieck, eingetragener Schüler mit fast 80 Prozent nicht besuchter Vorlesungen. Mustergültig verhielt sich dagegen ausgerechnet das Ex - Politbüromitglied Franz Dahlem, der als „Freier Journalist“ — wie er jetzt offiziell firmiert — offensichtlich mehr Zeit zum marxistischen Studium

fand. An dem neuen Dreijahres-Lehrgang der Abenduniversität mußten sie sich theoretisch eigentlich alle wieder vereinen, die Kontrahenten aus dem Führungskern der SED: Ulbricht-Dahlem-Pieck-Ackerמן-Axen. Sie alle haben Studienplätze belegt.

SSD-Agent verurteilt

Karlsruhe (AP/DPA). Wegen landesverräterischer Beziehungen hat der Bundesgerichtshof den 34jährigen SSD-Agenten Harry Berg aus Berlin-Steglitz zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Er war seit Januar 1951 für den Staatssicherheitsdienst tätig und hatte zunächst die Aufgabe, in Ost- und Westberlin Personen zu beschatten, die angeblich mit westlichen Stellen in Verbindung standen.

Im Dezember 1954 hätte der Angeklagte den Auftrag erhalten, die Frau des ehemaligen Abwehrchefs im Amt Blank, Heinz, aus Wiesbaden nach Ostberlin zu bringen. Dieses Unternehmen konnte jedoch von der Polizei verhindert und der Angeklagte verhaftet werden.

Neue Störmanöver Pankows

Schwierigkeiten bei Schrott- und Papierlieferungen

Bonn (Eigenmeldung). Über neue Schikanen, die sich gegen den Verkehr zwischen dem Bundesgebiet und Westberlin richten, ist in Bonn berichtet worden. Die Schrottlieferungen aus Westberlin ins Bundesge-

biet mußten eingestellt werden, weil das Risiko der ständigen Beschlagnahmen zu groß geworden ist.

Auch die Altpapier-Transporte aus Westberlin ins Bundesgebiet kommen wahrscheinlich demnächst zum Erliegen. Hier hatten die Behörden der Sowjetzone zuerst verlangt, daß die gleiche Menge Papier, die aus Westberlin nach Westen geliefert wird, auch den umgekehrten Weg nach Westberlin gehen müsse. Dann wurde verlangt, die vierfache Menge müsse nach Westberlin geliefert werden, und jetzt ist die zehnfache Menge gefordert worden.

Die Bundesregierung sieht diese neuen Schikanen in Zusammenhang mit der Erhöhung der Straßennutzungsgebühr. Es wurde erklärt, diese Politik der Sowjetzonenregierung stehe in krassem Gegensatz zu den Propaganda-Behauptungen, die sogenannte „DDR“ wolle das Zusammenleben zwischen West und Ost fördern.

700 000 Deutsche in Schlesien

Geistliche tagten im Tannus — Laienkirche arbeitet weiter

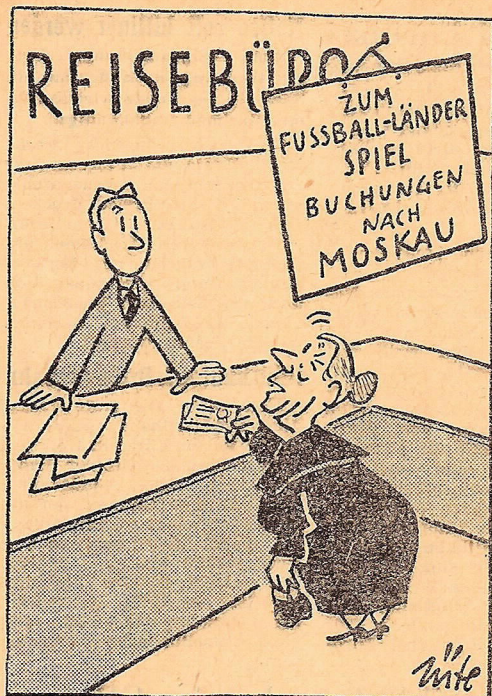
Königstein (Tannus) (DPA). In Oberschlesien leben heute noch etwa 700 000 Deutsche. Dies wurde auf der Jahrestagung der schlesischen Priester, zu der sich 180 von den im Bundesgebiet lebenden Geistlichen aus Schlesien in Königstein (Tannus) versammelt hatten, mitgeteilt.

Weiter wurde erklärt, daß in Nieder- und Mittelschlesien vor allem im Waldenburger Kohlenrevier noch etwa 30 000 Deutsche sein sollen. Die 1400 in Schlesien zurückgebliebenen deutschen Schwestern seien im Sommer 1954 in einigen Klöstern interniert worden.

Kiel (DPA). Der evangelische

Bischof der restschlesischen Gebiete mit Sitz in Görlitz, Ernst Hornig, der mit der Ehren doktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Kiel ausgezeichnet wurde, berichtete, daß in den polnisch verwalteten Teilen Schlesiens heute noch deutsche evangelische Gemeinden bestehen, deren Pfarrer jedoch bis auf zwei „evakuiert“ worden seien. Dennoch hätten die Gemeinden ihre Lebensfähigkeit nicht eingebüßt. An Stelle der hauptamtlichen Pfarrer arbeiteten dort jetzt fünfzig freiwillige „Lektoren“, die als Laienprediger auch die übrigen seelsorgerischen Tätigkeiten ausübten.

1 zu 180



Fußballspiel? Nein, ich will zu meinem kriegsgefangenen Sohn!

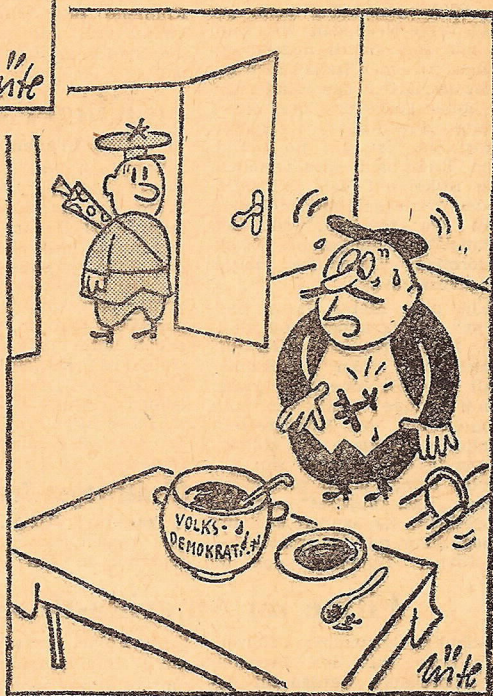
Der Abwerber

Der erste Abwerber der Weltgeschichte heißt Johannes Bergau. Er hat so intensiv abgeworben, daß er nun dafür acht Jahre Zuchthaus bekam.

Nun ist dieser Fall durchaus ernst, und an der Abwerberei kommen wir nicht vorbei. Denn es könnte ja sein, daß man künftig gerade auf Abwerber zielen will, auf diese teuflischen Abwerber, sozusagen als Ablösung für die inzwischen muffig gewordenen Diversanten, Saboteure, Titoisten und weitere Konstruktionen aus der parteiamtlichen Retorte.

Und drum soll man sogar versuchen, zu erläutern, was ein Abwerber ist. Wenn bei der Übersetzung des betreffenden Gerichtsberichtes aus dem Ostberliner „Morgen“ ins Deutsche keine bedauerlichen Irrtümer unterlaufen sind, dann heißt abwerben soviel wie zur Flucht in die Bundesrepublik auffordern. Johannes Bergau also hat abzuwerben versucht. Sogar einen richtiggehenden Stadtfunktionär. Dafür muß er nun ins Zuchthaus.

Ehe wir es vergessen: er ist aus Karl-Marx-Stadt. Das „Chemnitz“ haben sie abgeworben.



„Schon wieder einen Flecken auf der Weste...“

Haithabu — das Schanghai Europas

Als Taucher in der versunkenen Wikingerstadt bei Schleswig

Der untergegangene Welthafen Haithabu an der Schlei gegenüber von Schleswig — vor tausend Jahren Hauptumschlagplatz im Ost-West-Handel — wird zur Zeit von deutschen und skandinavischen Historikern untersucht. Jeder zweite Griff in den karolingischen Schlamm fördert eine frühgeschichtliche Entdeckung zutage. Unter den Journalisten, die in schweren Tauchanzügen dieses einmalige Museum unter Wasser besichtigten, befand sich auch unser Mitarbeiter.

Ein merkwürdiger Museumsbesuch. Wie im Fahrstuhl geht es in die Tiefe. Ein Meter unter der Wasseroberfläche grünlicher Nebel. Aber dann: Stocknacht. Durch Algen und andere Gewächse ist der Boden der Schleibucht — des sogenannten Haddebyer Noors (Noor-Enge) — in tiefes Dunkel gehüllt. Das Wasser „blüht“, sagen die Fachleute. Berufstaucher Ernst Schwendt kennt den Schleigrund fast so gut wie seine Westentasche. Er übernimmt die Führung. Von Besichtigung des vor einiger Zeit hier unten entdeckten Wikingerschiffes kann jedoch keine Rede sein. Man muß es auf dem Bauch liegend erstasten. An einer Stelle haben die Wissenschaftler das mindestens 16 Meter lange und drei Meter breite Frachtboot freigelegt. Ganz klar ist die Bordwand, sind Ruderbänke festzustellen. Ein Stück auf dem Schlammhoden weitergerobbt, und man faßt die Spanten, die den Schiffskörper umspannen. Etwas unförmige Eisenstifte halten alles zusammen.

Ein paar Meter davon entfernt: Pfahlgruppen und Bohlen. Kaianlagen der alten Wikingerstadt? Oder ein Schutzwall des Hafenbeckens gegen Eindringlinge? Reste von Tonschalen aus der Wikingerzeit, uralte Speerspitzen und Münzen liegen in dem Schlick. Ein Reporter bringt einen prähistorischen „Rasierapparat“ mit ans Tageslicht. Es handelt sich um einen Stein mit haarscharf geschliffener Schneide, der zu

jener Zeit zum Hautschaben verwendet worden ist.

Die einst internationale Hafenstadt mit der maritimen Vergangenheit ist Neuland für die Wissenschaft. Man weiß seit einigen Jahrzehnten, daß Haithabu vor mehr als einem Jahrtausend die Handelsmetropole des Nordens war. Vom Rhein führen die Schiffe die Nordseeküste entlang und dann die Eider und Treene hinauf. Dort wurden die Waren ausgeladen und etwa zwölf Kilometer über Land nach Haithabu transportiert. Von hier ging es dann über die Ostsee nach Schweden, Finnland oder Rußland. Für knapp drei Jahrhunderte war die Stadt das Schanghai Europas.

Kluger Schuhmacher im Glück

Drei Fragen über „Turandot“ richtig beantwortet

New York (AP). Der 55jährige New-Yorker Schuhmacher Gino Prato hat in einem Fernsehquiz 16 000 Dollar (62 000 DM) gewonnen, indem er drei Fragen über Puccinis letztes und unvollendetes Werk „Turandot“ richtig beantwortete. Er nannte das Werk, gab an, wer es vollendet hatte und wo es zum erstenmal aufgeführt wurde. Prato kann jetzt endlich nach Italien fahren und seinen 92 Jahre alten Vater besuchen. Er war 33 Jahre nicht zu Hause.

Kinderwagen-Transport frei

Frankfurt (DPA). Kinderwagen werden jetzt in der Bundesrepublik in den Gepäckwagen

Kaffee soll billiger werden

Bonn (Eigenmeldung). Eine Preissenkung für Kaffee hat ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums angekündigt.

Die außerordentlich große Kaffee-Ernte, die in diesem Jahr zu erwarten sei, werde wahrscheinlich die Preise drücken. Das Ministerium rechnet mit einer weiteren Zunahme des Kaffeeverbrauchs im Bundesgebiet. Unter Umständen soll auch die Zoll- und Steuerbelastung des beliebten Getränks weiter gesenkt werden.

Köln baut eine Drahtseilbahn

Köln (AP). Die erste Passagier-Drahtseilbahn über den Rhein soll in Kürze in Köln gebaut werden. Das Kölner Stadtparlament hat grundsätzlich einem Plan zugestimmt, der die Errichtung einer solchen Anlage bei einem Kostenaufwand von rund 800 000 bis einer Million DM vorsieht. Bis zur Eröffnung der 1957 in Köln stattfindenden Bundesgartenschau soll die Drahtseilbahn betriebsbereit sein.

der Eilzüge kostenlos befördert. Die Bundesbahn hat damit den Kinderwagen-Transport in sämtlichen zuschlagfreien Zügen unentgeltlich gemacht.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 18 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr, Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.
Telefon: 66 54 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.